Termine

04.05.06 19.00 Uhr
in der „Arche“: Vorstellung Jahrbuch 2006 - Findling Verlag

11.05.06 10.00 Uhr
in der „Arche“: Buchlesung mit Hans-Ullrich Brandt, „Sieg-Heil! wird abgeblasen

11.05.06 15.00 Uhr
in der Gaststätte „Süße Ecke“: Zusammenkunft des „Rates der Alten“

11.05.06 19.00 Uhr
in der „Arche“: Schulpolitisches Forum mit Gerrit Große, bildungspol. Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg und Renate Adolph.

14.05.06 11.00 Uhr
Platz der Republik: Eine Linde für unseren Genossen Günter Voigt

15.05.06 20.00 Uhr
„Gespräche über Deutschland“ in der „Arche“ mit Klaus Ernst, Bundesvorsitzender der WASG und Mitglied des Bundestages

19.05.06 16.00 Uhr
in der „Arche“: Literarische Streifzüge mit Dr. Erich Siek: „Heinrich Heine-Zuckererbsen für Jedermann“

19.05.06 19.00 Uhr
Parkettsaal Rathaus: Mitgliederversammlung zur Auswertung des Hallenser Parteitages

23.05.06 19.00 Uhr
Eröffnungsveranstaltung „Agenda 21 Neuenhagen“ in der Goetheschule

31.05.06 18.30 Uhr
Gaststätte „Süße Ecke“: Sitzung des Ortsvorstandes.

27.05.06
Jugendweihen in Neuenhagen

Einladung

zur Mitgliederversammlung

am Freitag, 19. Mai 2006, 19.00 Uhr, Parkettsaal Rathaus Thema: Auswertung des Hallenser Parteitages mit Thomas Nord, Vors. des Landesvorstandes der Linkspartei Brandenburg

Im Gespräch
kann jetzt auch unter
http://www.pds-neuenhagen.de/info.htm
als PDF-Datei herunter geladen werden!

Buchempfehlungen
Rosis Bücherecke 05-06

Ludwig Ring-Eifel
Weltmacht Vatikan
Pattloch Verlag, München 2004
19,90 €

Im Jahr 1929 wurde der Vatikanstaat auf dem römischen Monte Vaticano eigenständiges Staatsgebiet. Mit 0,44 km² ist der Vatikanstaat der kleinste Staat der Welt. Nur Männer regieren ihn, er hat ca. 1 000 Einwohner, eine eigene Staatsbürgerschaft, eigene Münzen, eigene Briefmarken und Post, einen eigenen Bahnhof, einen Rundfunksender und einen eigenen Kindergarten. Der Vatikanstaat ist ein souveräner Staat, an dessen Spitze der Papst mit seiner Regierung - „Curiae“ steht.

Dem Papst steht als Regierung der Kirche und des Vatikanstaats Kongregationen, Räte, Sekretariate und andere Behörden zur Seite. Der Papst hat seit 1527 eine eigene Truppe, die Schweizer Garde.

Dieser Staat ist für rund eine Milliarde Katholiken das Zentrum des Glaubens, der Papst übt einen ungeahnt großen politischen Einfluss in der Welt aus.

Ludwig Ring-Eifel zeichnet die atemberaubende Geschichte des Aufstiegs des Vatikans auf. Er verschweigt nicht die Affären und Abgründe päpstlicher Politik und Geheimdiplomatie, aber er enthüllt auch kenntnisreich den singulären politischen Beitrag der Päpste Johannes XXIII., der Tausenden von Juden das Leben rettete und entscheidend bei der Lösung der Kubakrise half; Johannes Paul II., der die Weichen zum Fall des „Eisernen Vorhangs“ stellte und zur internationalen Galionsfigur des Widerstandes gegen Bushs Irakkrieg wurde.

Ring-Eifel geht nicht dem Mythos Johannes Paul II. auf dem Leim, aber er führt den politischen Mut dieses Papstes und mancher seiner Vorgänger plastisch vor Augen. Vor allem aber zeigt Ring-Eifel, wie nah die „Weltmacht Vatikan“, die in der Tat keine Divisionen hat, immer wieder am Rand der Ohnmacht vorbeischrammt..

Rosis Bücherecke,
Roswitha Scharf,
Bischofsheimer Strasse 75,
15366 Neuenhagen,
Tel: 03342/80495
www.rosis-bücherecke.de
info@rosis-bücherecke.de

Bücherangebote Buchhaus Bünger

Eva Strittmatter
Unterm wechselnden Licht
(Gedichte)
Aufbau Verlag, 18,90 €

Brandenburg-Pocket
Der Landesführer mit Durchblick
(Alle Gemeinden Brandenburgs, Ortsbeschreibung, Sehenswürdigkeiten, Kultur- und Ausflugstipps)
Impress Verlag, 6,00 €

M. Mara, Th. Metzner
Matthias Platzeck –Die Biografie
Diederichs Verlag, 19,50 €



14.05.06 11.00 Uhr
Platz der Republik: Wir pflanzen eine Linde für unseren Genossen Günter Voigt

Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag im Mai 2006

Hermann Gruner
Diethelm Koenitz
Siglinde Krüger
Ingeborg Orlamünde
Gerda Wallner
Johannes Weigel

Impressum
Herausgeber: *DIE LINKE.PDS* - Ortsorganisation Neuenhagen bei Berlin
Zuschriften bitte an:
Hartwig Wolff, Jahnstr. 58A, 15366 Neuenhagen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend zu bearbeiten. Zuschriften müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck des „Informationsblattes“ wird durch Spenden finanziert.

EuropäischeLINKE

Im Gespräch

DIE LINKE.PDS
Informationsblatt des Ortsvorstandes Neuenhagen bei Berlin
5/2006

Auf ein Wort...

von Sascha Trutt

Ich kann nicht sagen, ob sich die Organisatoren des Parteitags der Symbolträchtigkeit der von unzähligen Baustellen durchzogenen Stadt Halle bewusst waren, als sie diese als Tagungsort auswählten. Auf jeden Fall ist darin aber eine gewisse Parallelität zur gegenwärtigen Situation unserer Partei erkennbar. Gleichsam den vielen neuen Kreuzungen in der Stadt, befinden nämlich auch wir uns momentan mitten in tiefgreifenden Veränderungen und auch noch vor so manchen grundlegenden Richtungsentscheidungen auf dem Weg hin zu einer neuen geeinten linken Kraft in Deutschland.

Dass sich in diesem Zusammenhang aber auch schon einiges getan hat und unsere Akzeptanz in der Gesellschaft insgesamt einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, war auf diesem Parteitag ebenso deutlich zu spüren. Dies wurde zum einen in dem normalisierten und freundlichen Verhältnis zu den anwesenden Medienvertretern sichtbar. Besonders beeindruckend war es darüber hinaus jedoch mitzuerleben, wie positiv sich führende Gewerkschaftsvertreter auf der Bühne zu Wort meldeten. Sie verbanden den Dank für die bisherige ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Hoffnung auf weitere gemeinsame Projekte für eine gerechtere Zukunft. Einen Schritt in diese Richtung, der auch noch einmal unsere Ambitionen unterstreicht, Deutschland im Schulterschluss mit den Gewerkschaften nachhaltig zu verändern, stellt die von uns in Halle begonnene Mindestlohnkampagne dar.

In den Meinungsäußerungen zu diesem und den anderen auf der Tagung diskutierten Themen war es faszinierend unmittelbar und in großem Umfang mitzubekommen, wie breit gefächert die Ansichten und Überzeugungen in unserer Partei nach wie vor sind und wie diese aber auch gegenseitig respektiert werden. Interessanterweise waren die Debatten fast durchgehend von einem offenen, sachlichen und konstruktiven Miteinander bestimmt. Dadurch und in diversen Gesprächen mit anderen Delegierten bekam ich einen spürbaren Eindruck davon, wie ernsthaft und wichtig von vielen Anwesenden die vor uns liegende historische Chance auf ein gleichberechtigtes Zusammengehen mit der WASG gesehen wird. Wir wollten ein klares Zeichen in Richtung ihres zeitgleich in Ludwigshafen stattfindenden Parteitags setzen und ihnen somit die Entscheidung erleichtern, sich ebenfalls für eine gemeinsame Zukunft mit uns auszusprechen. Das ist uns meiner Meinung nach eindeutig gelungen, was sich schließlich auch in dem entsprechenden positiven Votum der WASG zeigte.

Für mich persönlich hat mein erster Bundesparteitag als Delegierter viele neue Erkenntnisse und einige menschliche Bekanntschaften gebracht. Er war zugleich anstrengend und faszinierend, ebenso wie beeindruckend durch die Reden Gregor Gysis und Oskar Lafontaines aus unmittelbarer Nähe und etwas verwirrend durch die teilweise doch recht komplizierten Prozeduren in den Wahlgängen und bei der Beratung von Anträgen.

Alles in allem war es ein wirklich gelungener Parteitag, dessen wichtigste Aussage bezüglich der Neubildung einer starken gesamtdeutschen linken Partei ähnlich den Umleitungen in Halle folgendermaßen formuliert werden kann: Egal, wie weit und kompliziert der Weg sich auch gestalten mag, wir dürfen nie das gemeinsame Ziel aus den Augen verlieren.



Das erste Mal dabei – Eindrücke vom Bundesparteitag der Linkspartei.PDS in Halle/Saale, 29/30.04.2006

Zeit für Taten! 8 Euro Mindestlohn. Gesetzlich garantiert.

Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn - Resolution der Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG (Halle und Ludwigshafen, 29. und 30. April 2006); vorgelegt von der Steuerungsgruppe „Mindestlohnkampagne“ von Linkspartei.PDS, WASG und Bundestagsfraktion DIE LINKE.

...Ein Lohn, der Arbeit ohne Armut ermöglicht, stellt die Mindestanforderung an eine sozial gerechte Gegenleistung für Erwerbsarbeit dar. Deshalb fordern wir als Einstieg mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde. Dann liegt das Netto-Entgelt bei Vollzeitarbeit mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von derzeit 985 Euro. Wer weniger bekommt, darf trotz Verschuldung nicht gepfändet werden...

Öffentliche Arbeitgeber müssen endlich Vernunft zeigen

Als Resolution beschlossen auf der 1. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS in Halle/Saale

Seit rund zwölf Wochen wird im öffentlichen Dienst gegen die Verlängerung der Arbeitszeit gestreikt, weil sich die Länder weigern, den seit dem 1. Oktober für Bund und Kommunen geltenden Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu übernehmen. Sie wollen eine Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche diktieren, um Arbeitsplätze zu streichen. Bundesweit droht ein Verlust von 250.000 Stellen...Die Linkspartei.PDS wird alle in ihrer Macht stehenden Möglichkeiten nutzen, um die Streikenden in ihrem Kampf zu unterstützen... ***www.sozialisten.de***

Notizen aus der letzten Kreistagssitzung

In der Kreistagssitzung erbaten Mitglieder unserer Fraktion Antwort vom Landrat bzw. dem Geschäftsführer der Arge/Jobcenters zu folgenden Fragen:
• Umsetzung Hartz IV,
• Asylbewerberheim Waldsieversdorf,
• Mitwirkungsrechte der Fraktionen in den Gemeindevertretungen.
Nach wie vor sind die Antworten der Vertreter der Bundesagentur unzureichend. Die Zielrichtung der Anfragen richtet sich darauf, inwieweit ein menschlicher Umgang mit den „Kunden“ (welch eine infame Bezeichnung!) gesichert ist.
In einem umfangreichen Bericht verwies der Schutzbereichsleiter, Herr Bellin, auf erfreuliche Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung. Eine wichtige Veränderung auf dem Gebiet des Rettungsdienstes und der Feuerwehr wurde in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung abgesegnet. Eine Verordnung des Landes verpflichtet die Kreise, die Leitstellen für den Rettungsdienst und Feuerwehr auf insgesamt vier im Land Brandenburg zu konzentrieren. Wir gehen mit Frankfurt/Oder und dem Landkreis Oder/Spree zusammen, Sitz dieser zentralen Leitstelle ist Frankfurt/Oder. Der Vorteil dieser Zentralisierung sind Einsparungen. Alle Beschäftigten unserer Leitstelle werden übernommen.
Diese Vorlage wurde durch einen Antrag von uns ergänzt, um die Mitwirkungsrechte unseres Kreistages zu sichern.
Bemerkenswert ein Beschluss des Kreistages zur Übernahme der Deponie Henneckendorf in das Eigentum des Kreises. Nur unter dieser Bedingung können Fördermittel in beträchtlicher Höhe (ca. 10 Mio €) für die Sanierung in Anspruch genommen werden. Im Grunde eine Erpressung, und doch das kleinere Übel, denn so kann endlich mit der längst überfälligen Sanierung begonnen werden, aber ein Restrisiko für den Kreis bleibt.
Durch die Presse ist ja bekannt, dass es hinsichtlich des Erhalts der Straßenbahn Rüdersdorf – Schöneiche – Friedrichshagen starke, emotional geladene Debatten gibt. Unsere Fraktion und die Mehrheit des Kreistages sind eindeutig für den Erhalt des ÖPNV und für den Erhalt der Straßenbahn, denn die Umstellung auf Busverkehr wird wahrscheinlich nicht billiger. Zu klären bleibt jedoch die Frage, inwieweit sich der Kreis MOL an den Kosten beteiligt. Zur Zeit wird die Bahn je zur Hälfte von den Landkreisen MOL und LOS finanziert. Diese vor zehn Jahren getroffene halbe-halbe-Regelung scheint nicht gerechtfertigt zu sein, hier besteht Handlungsbedarf.
Prof. Dr. Günter Schippel

Die Linke als die Partei für die soziale Frage des 21. Jahrhunderts

Die Parteitagseröffnung kann man knapp – und etwas salopp – so charakterisieren: In der Händel-Halle gab es keine Händel! Man schwebte aber auch nicht in harmonischen Sphären.
Das Referat von Lothar Bisky gab eine kritisch-konstruktive und sehr konzentrierte Grundlage für unser Handeln in nächster Zeit. Nicht nur im Zusammenhang mit dem Parallelparteitag in Ludwigshafen stand die Frage Schaffung der einigen Linkspartei, und zwar entsprechend dem vereinbarten Zeitplan, im Vordergrund. Lothar Bisky warnte vor Routine, die für das Vordringen in Neuland, zu dem wir uns entschlossen haben, schädlich wäre. Das wird noch manche Probleme mit sich bringen und kann überhaupt nur als ein Lernprozess, in dem wir unsere Identität erweitern, erfolgreich sein. Unsere Zuversicht ist dadurch begründet, dass sowohl von der WASG als auch von uns ein Politikwechsel in Deutschland gewollt wird.
Nicht verwunderlich, dass deshalb die entscheidenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen großen Raum einnahmen. In den letzten zehn Jahren sind in Deutschland die Einkommen auf Kapitalbesitz 36mal so schnell gestiegen wie die Arbeitseinkommen. Die realen Arbeitseinkommen stagnieren bestenfalls. Die Linke.PDS wird deshalb mit diesem Parteitag eine breite Kampagne für Mindestlöhne eröffnen. Das ist besonders wichtig, weil ein Fall der Löhne alle Masseneinkommen (z. B. auch die Renten) negativ beeinflusst. In den meisten europäischen Ländern gibt es Mindestlöhne, warum nicht in Deutschland? Der Kampf gegen Hartz IV soll verstärkt fortgeführt werden. Viel Interesse, aber auch Fragen, wird wohl die Forderung hervorrufen, dass die Versorgung mit solchen Gütern wie Wasser und Energie in öffentlicher Hand verbleiben sollte.
Mit diesen und anderen Vorschlägen, so Bisky, erweist sich Die Linke.PDS als Partei für die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.
Das Spektrum der von Lothar Bisky aufgeworfenen Themen war natürlich viel breiter. Es erfasste auch Erziehung und Bildung. Hier wäre z. B. zu nennen, dass der Redner kritisch auf folgendes aufmerksam machte: Das (prinzipiell zu begrüßende) Bündnis für Erziehung wird nur als eine Angelegenheit zwischen dem Staat und den Kirchen betrachtet. Atheisten dürfen aber nicht ausgeschlossen werden. Auch sie stehen für ethisch-moralische Werte. In diesem Zusammenhang wurde unser Grundsatz der Religionsfreiheit bei Trennung von Staat und Kirche unterstrichen.
Prof. Dr. Hans-Joachim Braun



Diskussion zu Bolkestein in der Arche

Am 20. April 2006 hatte die Linke.PDS-Fraktion zu einer interessanten Diskussionsrunde über die Konsequenzen der von Brüssel angestrebten und kurz vor der Beschlussfassung stehenden Europäischen Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Hammer) in die Arche eingeladen. Kompetenter Gesprächspartner war Dr. Andre Brie, Mitglied des Europäischen Parlamentes, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, ausgewiesener Kenner der Sachlage und mit den besonderen Gegebenheiten der Brandenburger Kommunen vertraut.
Bei Dienstleistungen sollen ausschließlich die Bestimmungen des Staates der Niederlassung eines Unternehmens gelten. Dr. Brie wies hier darauf hin, dass in Deutschland über 70 Prozent der Erwerbsfähigen im Dienstleistungssektor tätig sind. Die so genannte Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes bedeutet in letzter Konsequenz, wenn z.B. eine Stadtverwaltung die Reinigung der Gebäude, den Winterdienst der Straßen oder die Wartung der Rechentechnik von ausländischen Unternehmen erbringen lässt, muss sie wissen, welche Qualitäts- und anderen Standards in den jeweiligen Ländern gelten und dass Regressansprüche nach deren Recht geltend gemacht werden müssen. Da die Kontrolle der Einhaltung aber dem Staat obliegt, in dem Leistungen erbracht werden, müssen Kontrollbehörden die gesetzlichen Bestimmungen aller 25 EU-Länder kennen.
Bürgermeister Henze machte auf die Folgen der neuen Richtlinie für die Gemeinde aufmerksam, die bei den zwingend vorgeschriebenen internationalen Ausschreibungsverfahren entstehen. Darüber hinaus wies er auf die Benachteiligungen insbesondere für die regionalen Dienstleistungsanbieter hin.



Dieselben Probleme treffen letztendlich nicht nur die Unternehmen, sondern jeden einzelnen Bürger.
Die These, dass die Liberalisierung den Wettbewerb und damit die Preise für die Verbraucher senken würde, führt die bisherige Praxis ad absurdum. In der Realität werden die Klein- und Mittelständischen Betriebe verdrängt und eine Marktneuaufteilung unter großen internationalen Gesellschaften vorgenommen, die in letzter Konsequenz ihre Marktdominanz für eine Monopolpreisgestaltung ausnutzen.
Dr. Brie führte in diesem Zusammenhang die Privatisierung der Rostocker Wasserversorgung an, die am Ende zu den höchsten Versorgungspreisen in Deutschland führte. Und erinnerte an den Einsatz von koreanischen Leiharbeitern in einer polnischen Werft zu Löhnen, die dem Begriff Lohn spotten.
Von vielen Diskussionsteilnehmern wurde die Inaktivität der kommunalen und Unternehmerverbände, wie der IHK oder der Gewerbeverbände, kritisiert und deren Passivität in Anbetracht der resultierenden Probleme für unsere Gesellschaft nicht verstanden wird. Es tritt das ein, wovor ernsthafte Wirtschaftswissenschaftler gewarnt haben: erst hätten die Rahmenbedingungen für ein gemeinsames Europa geschaffen werden müssen, wie z.B. die Harmonisierung der Steuer- und Sozialsysteme, des Umwelt- Gesundheits- und Verbraucherrechts und dann wäre eine Liberalisierung praktikabel. So wird nur eine brutale Nivellierung auf unterstem Niveau durchgesetzt. Es ist eine umfassende Information der Bevölkerung und eine breite Aktion gegen diese Zerstörung des Zusammenlebens notwendig.

Tourismus in MOL muss weiter gefördert werden

Eine Premiere besonderer Art erlebte die Medianklinik Hoppegarten Mitte April: Rund 70 Teilnehmer waren der Einladung der Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann zur ihrer ersten Tourismuskonferenz in Märkisch-Oderland gefolgt. Nahezu passend zum Ort debattierten Experten, Kommunalpolitiker und Unternehmer darüber, wie der Tourismus in Märkisch-Oderland „gesunden“ kann.
Dagmar Enkelmann unterstrich die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor und kritisierte zugleich, dass diese Branche bislang seitens des Landes keine Anerkennung als Wirtschaftskern fand. Die Nähe der Hauptstadt Berlin bietet die Möglichkeit, in allen Jahreszeiten Touristen auch nach Märkisch-Oderland zu locken. Derzeit stagniert aber die Zahl der Übernachtungen und des Tagestourismus' in MOL. Damit koppelt sich der Landkreis von den positiven Entwicklungen des Landes ab. Hierfür gibt es vielfältige Ursachen. So wirkt sich, die Gesundheitsreform auch negativ auf die Kurorte aus. Die mangelnde Wirtschaftskraft bringt weniger Geschäftsreisende. Mit den „Pfunden“ Landschaft und Natur allein lasse sich heutzutage kein Tourismus entwickeln. Für die Zukunft würden sich auch neue Felder wie Bildungs-, Senioren-, Gesundheits-, Konferenz- und Veranstaltungstourismus sowie Reiten, Rad- und Wasserwandern anbieten.
Mit dem neuen Landestourismuskonzept, so Marlies Thiel aus dem Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg, werde das bisherige Gießkannenprinzip bei der Vergabe von Fördermitteln umgestellt auf eine Konzentration auf Großprojekte, die bereits vorhanden sind.
Meine Frage, warum die vorhandene Marke Galopprennbahn Hoppegarten als ein auszubauendes touristisches Zugpferd vom Land dann nicht in das Tourismuskonzept aufgenommen wurde, konnte sie mir allerdings nicht beantworten. Viele Teilnehmer der Konferenz stimmten mit mir überein, dass sich die Landesregierung mit ihrer Entscheidung für eine Privatisierung der Rennbahn eindeutig aus der Verantwortung gestohlen hat. Leichtfertig hat sie den traditionell gewachsenen Anziehungspunkt in der Region missachtet und ein attraktives Highlight vor den Toren der Metropole aus der Hand gegeben. Jetzt gilt es, wenigstens die traditionsreiche Anlage für den Pferdesport zu erhalten.
Der Landrat von Märkisch-Oderland, Gernot Schmidt, mahnte, bei der touristischen Vermarktung nicht jedes einzelne Projekt zu sehen, sondern für ein ganzes „Vermarktungsgebiet“ zu werben. Als ein gutes Beispiel nannte er dabei die Initiative von sieben Bürgermeistern, die S5-Region vor den Toren der Stadt gemeinsam zu entwickeln. In der Bevölkerung müsse der Gedanke, dass Tourismus Dienstleistung am Besucher sei, mehr verankert werden. Schmidt stellte ein eigenes Tourismuskonzept des Kreises in Aussicht.
Renate Adolph,
Abgeordnete des Landtages Brandenburg